

ZENTRALRAT DEUTSCHER SINTI UND ROMA

21. MÄRZ 2007

PRESSEERKLÄRUNG

Romani Rose richtet einen Appell an EU-Ratspräsidentin bei Kranzniederlegung in Babij Jar

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "The Holocaust against the Roma and Sinti and present day racism in Europe" in Kiew appellierte der Vorsitzende des Zentralrats, Romani Rose, zusammen mit der Vorsitzenden des ukrainischen Roma-Verbandes, Yulija Kondur, beim heutigen Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Babij Jar an die derzeitige Ratsvorsitzende der EU Bundeskanzlerin Angela Merkel die politische und gesellschaftliche Gleichstellung der Roma und Sinti in ihren jeweiligen Heimatländern in Europa zum Anliegen der Europäischen Union zu machen.

Im Herbst 1941 waren Roma ebenso wie Juden Opfer des Massakers der SS in Babij Jar in der Ukraine geworden. Insgesamt wurden im NS-besetzten Europa 500.000 Angehörige der Minderheit während des Holocaust ermordet.

Mit zwölf Millionen Angehörigen stellen Roma und Sinti die heute zahlenmäßig größte Minderheit in Europa dar. Aktuelle Studien der OSZE zufolge sind sie wie keine andere Minderheit Diskriminierung ausgesetzt. Nahezu täglich werden sie Opfer rassistischer Übergriffe durch Rechtsextremisten, aber auch durch staatliche Ordnungskräfte. Vielfach erleiden sie Vertreibungen und werden in ghettoähnliche Wohnviertel ohne Zugang zu Infrastruktureinrichtungen abgedrängt.

So erklärte die Vorsitzende des Roma-Verbandes Kondur, dass in der Ukraine der überwiegende Teil der Roma-Minderheit aufgrund der rassistischen Ausgrenzung der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt ist. Kinder werden in speziellen Schulen weit unter dem Standard der Mehrheitsbevölkerung unterrichtet und damit ihrer Zukunft beraubt.

Angesichts der prekären Situation der Roma und Sinti fordert Rose die jetzige EU-Ratspräsidentin auf, eine Initiative für eine verbindliche Regelung zu ergreifen, damit die Mindeststandards der Menschenrechte für Roma und Sinti in allen europäischen Ländern durchgesetzt werden können. Dies sei und bliebe, so Rose, eine Verpflichtung für Deutschland nach dem Völkermord an den Roma und Sinti.

Kiew, 21. März 2007